

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Polsterung nehmen sämtliche Hochschulen Bestellungen entgegen. Unter Estrichband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litwens M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-9

Die neugegründete Kampfgesellschaft oder deren Raum kostet 4.— M., einschließlich Anzeigengebühr. Keine Anzeigen: Das festgebundene Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigengebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Ehren-Befugnis 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das festgebundene Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ultimatum der kleinen Entente

Der Abwehrkampf gegen Ungarn

Belgrad, 26. Oktober.

Der Ministerrat hat im Einvernehmen mit der tschechoslowakischen und rumänischen Regierung die Ueberreichung eines auf achtundvierzig Stunden befristeten Ultimatums an Ungarn beschlossen. Von der ungarischen Regierung werden die Entferrnung des Erzherzogs aus Ungarn, Garantien für die vollständige Durchführung des Friedensvertrages von Trianon, insbesondere die Abrüstung der ungarischen Armee und die Vergütung der Mobilisationskosten gefordert. Falls diese Forderungen abgelehnt werden, sollen die tschechoslowakischen und jugoslawischen Truppen den Befehl zum Vormarsch gegen Ungarn erhalten.

Die Kleine Entente will Ernst machen. Allzulange hat sie sich durch die diplomatischen Schritte der großen Entente davon zurückhalten lassen, auf die Durchführung der Bestimmungen des ungarischen Friedensvertrages zu dringen und energische Maßnahmen gegen die ständige Gefährdung des Friedens durch die ungarische Konterrevolution zu ergreifen. Nun hat der neue Habsburger Putz gezeigt, daß die Staaten der kleinen Entente in ihrem ureigensten Interesse gezwungen sind, den ungarischen Brandherd zu beseitigen, wenn sie nicht plötzlich wieder in eine neue Kriegslafette hineingerissen werden wollen. Der einmütige Abwehrkampf der Nachfolgestaaten gegen Horthy-Ungarn enthält keine aggressive Tendenz, ist nicht gegen das ungarische Volk gerichtet, sondern zielt lediglich auf die Beseitigung des unterlich-militaristischen Regiments in Ungarn hin, das zu einem Quell ständiger Beunruhigung der Nachbarstaaten, zu einem Sammelpunkt aller konfliktlästernden, umstürzlerischen Elemente des alten Habsburgerreiches geworden ist, dem sich sowohl die reichsdeutschen Monarchisten, wie die russischen Faschisten schmeichlich zuwenden.

Der tschechische Ministerpräsident Beneš hat in der gestrigen außerordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses mit Recht betont, daß durch die Niederlage der kaiserlichen Truppen und die Gefangennahme des Erzherzogs die allgemeine Lage sich nicht im geringsten geändert habe. Es handele sich hier nicht um die Person oder um die Dynastie, sondern um weitaus mehr, um ein gewisses System in Zentraleuropa und in Europa überhaupt. Es wäre der größte Fehler, zu glauben, daß diese Sache durch die Verhaftung eines Schuldigen erledigt sei. Es sei Tatsache, daß die ungarische Gefahr im Westen unterschätzt wurde, da man die innere Situation Ungarns nicht kannte und nicht sah, daß Ungarn von der politischen und sozialen Revolution in Mitteleuropa am wenigsten berührt war. Zum Schluß kündigte der Ministerpräsident an, daß die Regierung gegebenenfalls vor den schärfsten Maßnahmen nicht haltmachen würde, um eine Liquidierung der gegenwärtigen Ereignisse zu erzielen. Im ähnlichen Sinne wie Beneš äußerte sich auch der Vertreter des jugoslawischen Ministerpräsidenten Pašičić, Minister Trifković, in einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Bosnischen Zeitung“. Er erklärte, daß die Kleine Entente sich nicht mit den Versprechungen Horthys ablassen lasse. Ihr Entschluß stehe fest, und sie würde den eingeschlagenen Weg diesmal bis zu Ende gehen und Garantien materieller Art fordern.

In tschechischen politischen Kreisen rechnet man mit Bestimmtheit mit dem Vormarsch der Armee gegen Budapest, falls die ungarische Regierung das Ultimatum der kleinen Entente ablehne. Die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Eingreifens wird noch dadurch verstärkt, daß ungarische Truppen sich in provokatorischer Weise Grenzüberschreitungen zu Schulden kommen lassen, während die Agenten der Horthy-Regierung nach wie vor für den monarchistischen Umsturz in den angrenzenden Staaten arbeiten. Horthy beteuert zwar fortgesetzt seine Friedensliebe und Loyalität, ja er hat sogar die unbeschreibliche Frechheit, sich in seinen Kundgebungen auch der Zustimmung der ungarischen Arbeiterklasse zu rühmen — derselben Klasse, die er gemordet, eingekerkert und in das entsetzlichste Elend gestochen hat. Aber alle diese Zusicherungen und Kundgebungen sind nichts als Spiegelschere. Durch seine heuchlerischen Erklärungen will Horthy lediglich die Gunst der Ententerregierungen gewinnen, um sein schändliches Blutregiment mit samt seiner wichtigsten Stütze, den ungarischen Militarismus, unangestastet zu erhalten.

Es hat den Anschein, als ob die Entente auch diesmal auf dieses Manöver hereinfällt und sich schüchtern vor die Galgen Horthys stellt. Mindestens deutet eine Belgrader Nachricht, wonach die Vertreter Englands und Frankreichs die jugoslawische Regierung zur Einstellung der militärischen Intervention aufgefordert haben, darauf hin, daß die diplomatischen Vertreter der Entente an der alten Linie der Horthy-Politik festhalten. Es liegt nun an dem Proletariat der Ententeländer, diesem ungeheuerlichen Unfug ein

schleuniges Ende zu machen. Die Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens müssen energisch ihre Stimme erheben und von ihren Regierungen unterzüglich eine Aenderung ihrer Ungarnpolitik verlangen. Das gebietet ihnen nicht nur die Pflicht der internationalen Solidarität gegenüber dem gesolterten Proletariat Ungarns und dem in seiner Existenz bedrohten Proletariat Deutsch-Oesterreichs, das verlangt auch das allgemeine Interesse des europäischen Friedens, der durch die Aufrechterhaltung des Horthy-Regiments ständig bedroht wird.

Der Fluch von Versailles

Scharfe Vorstöße englischer Politiker

London, 26. Oktober.

Im Commercial-Club in Chicago hielt Reginald McKenna, früherer englischer Schatzkanzler und jetziger Vorsitzender des Ausschusses der London Joint City and Midland Bank, eine Rede, in der er erklärte, Deutschlands Reparationszahlungen an England und die Rückzahlung der Kriegsanleihen der Verbündeten an England könne sich eher als ein Fluch denn als ein Segen erweisen. Der Redner fügte hinzu, England verlore durch die Existenz von zwei Millionen Arbeitslosen mehr, als es in 30 Jahren von Deutschland an Reparationszahlungen erhalten würde. Er möchte lieber sehen, daß das arbeitslose Volk Reichum schaffe, als daß es um den Preis der Arbeitslosigkeit tropfenweise Reichum von Deutschland erhalte. Was er von England sage, fuhr der Redner fort, gelte auch in geringerem Maße von den Vereinigten Staaten. Angesichts dieser Dinge könne man wirklich bezweifeln, ob es für Großbritannien von Nutzen sei, daß Reparationen bezahlt werden, und ob die Rückzahlungen der Kriegsanleihen der Verbündeten sich nicht mehr als ein Fluch, denn als ein Segen herausstellen werde. Der Deutsche unterbreite England und Amerika auf dem Weltmarkt. Er bezahle die Reparationen, aber um welchen Preis! England habe zwei Millionen Arbeitslose, Amerika ebenso viele. Man könne die Arbeiter nicht wieder beschäftigen, bis man nicht für die Waren einen Markt finde. McKenna sagte weiter, die Kriegsschulden, welche an England zu bezahlen seien, beließen sich genau auf dieselbe Summe, wie diejenigen, welche England den Vereinigten Staaten schulde. Was nun die dem Vereinigten Königreich geschuldete Summe betrafte, so sei McKenna nicht nur nicht launisch darüber, ob sie bezahlt werde, er würde sie, wenn es in seiner Macht liege, auch freieren.

Das Arbeitslosenproblem

London, 27. Oktober.

Asquith eröffnete gestern seinen politischen Herbstfeldzug mit einer Rede in Ladbroke Wells, in der er die irische und russische und die mesopotamische Politik der Regierung, sowie ihre Behandlung des Arbeitslosenproblems einer scharfen Kritik unterzog. Asquith forderte zur Behebung der Erwerbslosigkeit und zur Förderung des Handels Streichung der internationalen Schulden und vor allem eine Revision des gesamten Reparationsplanes.

Bei der Erörterung der Arbeitslosenunterstützung im Unterhause verließen die Arbeitermitglieder, unwillig darüber, daß sie keine größere Verwendung von Seiten der Regierung für die Unterstützung der Arbeiterfamilien erlangen konnten, unter heftigem Einspruch das Haus. Die Arbeiterpartei beschloß, eine Abordnung an Lloyd George zu senden und ihn dringend zu ersuchen, den Beitrag für Kinder von Erwerbslosen zu verdoppeln.

Das Schicksal des Memellandes

Genf, 26. Oktober.

Eine Abordnung der Gewerkschaften des Memelgebietes überreichte heute den Teilnehmern der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf eine in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßte Denkschrift mit der Forderung vollständiger Selbstständigkeit unter dem Schutze einer der westeuropäischen Mächte. Diese Forderung gründet sich auf die besondere Lage der Arbeiter, deren Zukunft in materieller und sozialer Hinsicht durch die Einverleibung des Gebietes in einen osteuropäischen Staat zerstört werden würde. Die Denkschrift erhebt deshalb scharfen Widerspruch gegen eine Auslieferung Memels an Litauen und Polen.

Wahlen in Norwegen

Malmö, 27. Oktober.

Wie aus Trondheim gemeldet wird, lag am Witternacht folgendes Ergebnis der Wahlen zum norwegischen Storting vor: Die Rechte und die freisinnige Linke erhielten 56 Mandate, die Linke M, die Kommunisten 27, der Bauernbund 18, die Sozialdemokraten acht und die Arbeiterdemokraten zwei Mandate. Sechs Mandate sind noch zu verteilen. Nach dem bisherigen Wahlergebnis ist anzunehmen, daß eine Mehrheit für Aufhebung des Alkoholverbotes nicht zustande kommt.

Nachflänge

Die Majorität, die gestern das Kabinett Wirth erlangt hat, ist ungewöhnlich groß. Bei der Annahme des Ultimatums betrug sie nur etwa 50 Stimmen, gestern aber 18. Um dies Resultat zu erreichen, wurde eine langwierige und gefährliche Krise provoziert, obwohl wir ununterbrochen davor gewarnt und ihre Sinnlosigkeit immer wieder aufgezeigt hatten. Am blamiertesten sind die Demokraten. Sie haben gestern der Regierung Wirth die Billigung für ihre Politik ausgesprochen, nachdem sie sie eben wegen dieser Politik und trotz aller Warnungen gestürzt hatten.

Es ist wohl in der Geschichte der Parlamente noch nie dagewesen, daß man eine Regierung beseitigt, indem man die eigenen Minister zurückzieht, sich selbst anschiffert und der Regierung dann das Vertrauen ausspricht. Der Sinn davon wäre, daß die Demokraten jetzt Vertrauen zur Regierung gefaßt haben, weil ihre Minister nicht mehr drin sind! Wir gestehen allerdings, daß uns die Regierung Wirth ohne Demokraten weitaus besser gefällt, als mit Demokraten. Aber wollten die Demokraten daselbe sagen?

In Wirklichkeit ist es alberne Sinnlosigkeit gewesen, verschärft durch den bösen Willen, um jeden Preis die reaktionären Volksparteier in die Regierung zu bringen, geschweie es auch um den Preis, jede vernünftige Politik unmöglich zu machen. Man muß schon zur Anekdote greifen, um die Politik illustrieren zu können. Die Demokraten erinnern an die beiden Leute, die auf einer Landstraße eine Kröte sahen. Da jagt der eine: wenn du die Kröte verschluckst, will ich dir hundert Mark geben. (Die Anekdote stammt allerdings noch aus der Zeit der Goldmark.) Nach einigem Bedenken schludert der Geldgierige die Kröte. Die beiden gehen weiter und sehen wieder eine Kröte. Da jagt der zweite: ich will dir die hundert Mark wieder zurückgeben, wenn du das Tier verschluckst. Und der andere, den der Verlust sehr schmerzt hat, tut es wirklich. Bald machen sich die Folgen des futuristischen Genusses bemerkbar. Und da jammert der Mann, der zuerst den klugen Einfall gehabt hatte: Weißt du, warum wir eigentlich die Kröten gegessen haben? So fragten gestern die Demokraten einander: Weißt ihr, warum wir diese Krise gemacht haben? Und ihre Trauer ist noch schmerzlicher, denn auch um die hundert Mark sind sie geprellt, und ihr Schiffer ist nicht mehr Minister.

Es ist recht lustig, zu sehen, wie das „Berliner Tageblatt“ und sein Chef, der mit solchem Eifer die Krötenpolitik angepriesen hat, jetzt leugnen will, diese Speisefarbe angelegentlich empfohlen zu haben. Nach dem sinnlosen Loben gegen alle Verhandlungen und gegen die Entsendung eines Kommissars ist Herr Wolff heute für die Entsendung und für die Verhandlungen. Herr Wirth hat genau das Gegenteil erklärt von dem, was Herr Wolff forderte, aber Herr Wolff findet alles vortrefflich und ist sehr befriedigt. Wir wiederum sind mit Herrn Wolff sehr zufrieden, denn wir hoffen, daß endlich auch das Ausland aus diesem Verhalten den Schluß ziehen wird, den das Inland schon längst gezogen hat: daß Herr Wolff ein gewandter Stilist und manchmal sogar ein ganz amfänger Plauderer ist, aber als Politiker weiter nicht ernst zu nehmen ist. Herr Dombrowski bemüht sich übrigens, dieses Urteil über die Politik des „Berliner Tageblattes“ noch weiter zu begründen. In dem Moment des völligen Versagens der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, die sich vollständig an die Deutsch-nationale Partei angelehnt hat, erklärt er als nächste Aufgabe — die Herstellung der breiten Koalition! Offenbar hat sich Herr Dombrowski zum Wahlpruch erwählt: Konsequent oder inkonsequent, aber nicht das fortwährende Schwanken. Und nachdem er wie sein Meister zuerst gegen und dann für Verhandlung, gegen und für Wirth gewesen ist, tritt er entschlossen auf den Boden der breiten Koalition ins Leere.

Die übrige Presse enthält wenig Bemerkenswertes. Die Rechtspresse speit natürlich Gift und Galle gegen die neue Regierung. Es ist bezeichnend, daß diese Patentnationalen die Erklärung Wirths gegen die oberschlesische Entscheidung als Komödie vor dem Ausland zu diskreditieren versuchen und teilweise soweit gehen, die Börsenspekulation anzureizen, die Mark weiter zu entwerten und Devisen zu hamstern! Gelinde! Gelinde! saget auch wir. „Germania“ und „Bosnische Zeitung“ stellen sich auf die Seite der Regierung, und insbesondere die „Germania“ preist das Pflichtbewußtsein und den Mut Wirths, der vor der schweren Verantwortung und der persönlich undankbaren Aufgabe sich nicht gescheut hätte. Der „Vorwärts“ begrüßt mit besonderer Genugtuung den Eintritt Radbrachs in das Ministerium und erwartet, ebenso wie die „Bosnische Zeitung“, daß Dr. Rathenau das Wiederbauministerium bald wieder übernehmen werde.

Die Stellung der USP. zum Kabinett Wirth

Der Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie, Genosse Breitscheid, hat in der gestrigen Sitzung des Reichstags dargelegt, welche Stellung unsere Partei gegenüber dem neuen Kabinett Wirth einnehmen werde. In unserer heutigen Morgenausgabe konnten wir nur kurz darüber berichten; wir geben daher die betreffenden Stellen der Rede nachfolgend im Wortlaut wieder:

Die Haltung, die wir dem neuen Kabinett Wirth gegenüber einnehmen, entspricht durchaus der Haltung, die wir gegenüber dem alten Kabinett eingenommen haben, und die war die, daß wir das Kabinett in der bisher befolgten auswärtigen Politik unterstützten, daß wir es immer dann unterstützten, wenn es eine Politik trieb, die im Interesse des arbeitenden Volkes gelegen war, wenn es eine Politik machte, die die Republik zu schützen und zu verteidigen geeignet war. Wir sind durchaus gesonnen, an dieser Linie auch weiter festzuhalten, behalten uns natürlich kündigt freie Hand vor, behalten uns die Kritik vor, das Recht, uns gegen dieses Ministerium in demselben Augenblick zu wenden, wo es sich von diesen Grundsätzen und ihren in der nächsten Zeit zu ziehenden Konsequenzen ablehnen würde.

Es hängt einzig und allein von den Entschlüssen und der Haltung der Regierung ab, daß, wenn sie ihre bisherige Politik verfolgt, sie auch weiter unsere Unterstützung innerhalb der genannten Grenzen sicher sein kann.

Dabei sind wir uns allerdings darüber im Klaren: die oberste Frage ist nicht die einzige Frage, die das Kabinett zu lösen hat. Man wird, wie ich annehme, heute damit einverstanden sein, daß der Kommissar erkrankt wird; man wird damit einverstanden sein, daß man keine Politik des aktiven und passiven Widerstandes treibt; man wird damit einverstanden sein, daß wir, soweit es in unsern Kräften liegt, auch weiterhin den Friedensvertrag erfüllen. So fassen wir die Erklärung des Reichsanwalters auf, und

in diesem Sinne findet seine Erklärung unsere Billigung.

Aber damit ist die Aufgabe und die Arbeit des Reichsanwalters und seines Kabinetts nicht erfüllt. Es kommen gerade in der nächsten Zeit eine Reihe von außerordentlich wichtigen Problemen auf die Tagesordnung. Es kommt nicht zuletzt die Entscheidung über die große Frage, wie die Lasten zur Erfüllung des Friedensvertrages verteilt werden sollen, und das wird die Feuerprobe sein, die diese Regierung zu bestehen hat. Bis dahin ist ein Provisorium, bis dahin ist eine Übergangszeit.

Kun hoffen wir nur das eine: daß dieses Kabinett von Persönlichkeiten in dem Augenblick, wo die Steuerfrage akut wird, nicht aufs neue versucht, die Türen nach rechts hin zu öffnen. Wir wollen nicht sowohl ein Kabinett der Persönlichkeiten ohne Unterschied auf den politischen Glauben auch in Finanz- und Steuerfragen, sondern wir hoffen dringend, daß das Kabinett in seiner heutigen politischen Zusammensetzung im wesentlichen

auch die Steuerfragen zu erledigen

und zur Entscheidung zu bringen sucht. Sonst wäre das alles ja nur eine sehr vorübergehende Erscheinung gewesen, sonst würden sich die großen Konflikte erst nach einigen Wochen und nach einigen Monaten erheben, Konflikte, gegen die die Auseinandersetzungen der letzten Tage nur ein Kinderpiel gewesen sind. (Sehr wohl! bei den U. S.)

Auch wir sind der Meinung, auf die Dauer werden die Bestimmungen des Ultimatums nicht zu erfüllen sein. Es kommt aber darauf an, daß die Vertragsgegner es erkennen und daraus die Konsequenzen ziehen. Sie werden es aber umso eher erkennen, wenn wir unsererseits alle Kräfte aufbieten, zu leisten, was irgend geleistet werden kann, und dazu gehört in der Tat, daß wir den Gegnern auch den Beweis erbringen, daß diejenigen, die heute, während der Staat Not leidet, in ihren Posaatgeschäften Papiergeld auf Papiergeld, Summen auf Summen häufen,

zu den Leistungen aus dem Ultimatum so herangezogen werden, wie es notwendig ist.

Und dann ist es notwendig, daß man auf der anderen Seite, in Frankreich und England, merkt, daß, je mehr wir erfüllen, umso größere Schäden den Volkswirtschaften drüben erwachsen. Ansehts der 6 Millionen Arbeitslosen in Amerika, der 1 1/2 Millionen in England dämmert die Erkenntnis, daß diese Art der Reparationszahlung dem Wirtschaftsleben der Siegerstaaten außerordentlich nachteilig ist. Und es sind die Arbeiter, die es in erster Linie merken, die Arbeiter, die auf die Straße geworfen werden, die Arbeiter, die ihre Beschäftigung verlieren, und deshalb werden Sie es verstehen, wenn wir immer wieder erklären: von den Arbeitern in England und Frankreich, von den Arbeitern der Ententestaaten wird der erste Anstoß zur Revision des Friedensvertrages kommen, nicht um unserer schönen Augen willen, sondern einzig und allein, um der Interessen dieser Arbeiter selbst willen; und wir werden ihnen die Erkenntnis ihres eigenen

Interesses umso mehr erleichtern, je mehr wir im großen und ganzen auf den Bahnen der auswärtigen Politik fortfahren, die wir bisher gegangen sind. (Lebhafte Beifall bei den U. S.)

Die Erklärung Ledebours

Vor der namentlichen Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge gab Genosse Ledebour folgende Erklärung ab:

Für den Antrag der Volkspartei und der anderen Parteien können wir aus den Gründen, die unser Redner schon ausführlich dargelegt hat, nicht stimmen. Wenn wir für den Antrag des Zentrums und der Rechtssozialisten stimmen, der besagt, daß der Reichstag die Erklärung der Regierung billigt, so wollen wir nicht damit ausdrücken, daß wir mit allen Ausführungen des Herrn Reichsanwalters einverstanden sind. Wir stimmen aber für diesen Antrag, weil es in dieser Situation unserer Überzeugung nach darauf ankommt, der gegenwärtigen Regierung die Durchführung der Politik gegenüber der Entente in Bezug auf Oberschlesien zu ermöglichen, die uns aus der leider schwierigen Situation herausbringt, und dazu gehört unter anderem auch die Einsetzung eines Kommissars zur Regelung der ober-schlesischen Angelegenheiten. Aus diesem Grunde werden wir für den Antrag des Zentrums und der Rechtssozialisten stimmen.

Zu der Frage, ob der Reichstag sich auf längere Zeit vertagen oder ob er seine Beratungen fortsetzen sollte, erklärte Ledebour:

Wir halten es für dringend notwendig, daß der Reichstag zusammensteht, um eine Anzahl Aufgaben zu erledigen, die sich nicht verschieben lassen. Wir haben vor allen Dingen nötig, uns mit der Regierung über ihr Regierungsprogramm zu verständigen; denn die heutige Ansprache erstreckte sich nur auf etwas allerdings Dringendes und Notwendiges, was in dem Regierungsprogramm enthalten ist, sie erschöpft aber nicht das Regierungsprogramm. Eine neue Regierung wird das dringende Bedürfnis haben, sofort dem Reichstag und dem gesamten Volke über ihr Programm Auskunft zu geben. Wir haben jedenfalls das dringende Bedürfnis, uns unsererseits darüber auszusprechen, was wir von der Regierung erwarten. Deshalb beantrage ich, daß die nächste Sitzung morgen, den 27. Oktober, vormittags 11 Uhr, stattfindet und daß zunächst auf die Tagesordnung gesetzt wird: Aussprache über das Regierungsprogramm. Wir erwarten natürlich, daß die Regierung morgen ihre heutige Programmrede durch Ausführungen über die sonstigen dringenden Fragen ergänzt.

In der nächsten allgemeinen programmatischen Vorträgen stehen aber noch eine Anzahl dringender Sachen vor uns, die sich auf die Ernährung des Volkes beziehen. Das sind erstens unser scheinbarer Antrag betreffend Erhöhung der Mehlration, und zweitens der Antrag auf Entzug eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln. Es besteht sich das also auf eine bessere und schnellere Neuregelung der Verteilung zweier wichtiger Nahrungsmittel, und da Sie alle wissen, daß wir unter der Nahrungsmittel schwer zu leiden haben, bin ich sehr überzeugt, Sie werden Ihrer in Worten so häufig kundgegebenen Volksfreundlichkeit jetzt durch die Tat den Siegel aufdrücken, indem Sie unserem Antrag, die Sache sofort zu erledigen, zustimmen.

Also ich beantrage, morgen auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Aussprache über das Regierungsprogramm;
2. Schnelliger Antrag betreffend Erhöhung der Mehlration;
3. Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln.

Der Antrag unserer Fraktion wurde abgelehnt und die nächste Sitzung des Reichstags auf den 3. November, nachmittags 3 Uhr, angelegt. Wir hatten in unserer heutigen Morgenausgabe irrtümlich berichtet, daß der Reichstag sich auf unbestimmte Zeit vertagt habe.

Seeck bei Ebert

Das Drohen mit dem Säbel

Gestern vormittag erschien beim Reichspräsidenten Ebert Herr General v. Seeck, begleitet von mehreren Offizieren. Er überbrachte dem Reichspräsidenten die ultimative Forderung, daß der Reichswehrminister Gessler auf seinem Posten verbleiben müsse, sonst „mache die Reichswehr nicht mehr mit.“ Unter dem Eindruck dieser Drohung wurde Gessler, dessen Rücktritt den Beschlüssen der Demokratischen Partei gemäß schon feststand, auf seinem Posten belassen und in das neue Kabinett mitausgenommen, ungeachtet dessen, daß dieses nur aus „Persönlichkeiten“ bestehen soll.

Die Reichswehr macht also wieder Politik, das heißt: sie rasset mit dem Säbel. Natürlich nicht die Reichswehr in ihrer Gesamtheit, sondern ein Häuflein Offiziere, das sich anmaßt, die Reichswehr zu sein. Diesen Desperatos muß deshalb mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es nicht ihre Aufgabe ist, bestimmend in die Gestaltung der Politik einzugreifen. Die Offiziere um Herrn von Seeck haben sich selbst für die Entpolitisierung der Wehrmacht eingesetzt, wenn die Mannschaften sich politisch nicht betätigen dürfen, hat auch Herr v. Seeck und sein Stab zu schweigen. Es steht diesen Herren absolut nicht an, im Namen der ganzen Wehrmacht eine Forderung zu erheben, die an Erpressung grenzt, wenn sie das Urteil dieser Wehrmacht überhaupt nicht eingeholt haben.

Der Reichstag aber darf sich diesen dreifachen Eingriff in sein Recht nicht gefallen lassen. Es wird Herrn Seeck mit aller Deutlichkeit zu sagen sein, daß die Zeit, wo die Politik in Deutschland mit dem Säbel gemacht wurde, vorüber ist. Wem das nicht gefällt, mag die Konsequenzen ziehen, je rascher, desto besser.

Vertrauensvotum für Briand

Zusammenstoß in der französischen Kammer

Paris, 26. Oktober.

Die heutige Kammer Sitzung beginnt mit der Fortsetzung der Erörterung über die allgemeine Politik der Regierung. Abg. Herriot, der in der Hauptsache gegen Tardieu polemisiert, sagt, die Kabinett verlangen nichts von der Regierung, im Gegenteil, sie seien in vielen Punkten anderer Ansicht als sie. Es kommt im Laufe der Rede zu lärmenden Zwischenfällen, als er vom Prosech Maloy spricht und behauptet, ein Parlamentarier habe im Staatsgerichtshof, also im Senat, im Augenblick des Verdikts eine neue Beschuldigung vorgebracht. Einige Tage später sei er dafür durch ein hohes Staatsamt belohnt worden. Gemeint ist Senator Grandin, ehemaliger Generalpräsident von Tunis, dessen Sohn, der Abg. Grandin, heutig prozessiert und Herriot vorwirft, er habe sich an ausländische Regierungen verkauft. Es entsteht ein ungeheurer Tumult. Um eine Schlägerei zu vermeiden, unterbricht der Präsident sofort die Sitzung und läßt die Tribünen räumen. Die Sozialisten schreien „Auflösung!“

Nach einer halbblühigen Unterbrechung wird die Sitzung wieder aufgenommen. Ministerpräsident Briand ergreift das Wort. Das Land wolle, daß man die Regierung nach ihren Handlungen beurteile und daß man nicht eine Regierung wegen einer Frage der inneren Politik kürze, nachdem man die Gemüthlichkeit erlangt habe, daß sie keine für das Land gefährliche Außenpolitik betreibe. Die Mehrheit, die er verlange, müsse groß sein. Denn nur dann sei die Unabhängigkeit gesichert. Briand ging ab dann zur auswärtigen Politik über und sagte, als Tardieu der Regierung angehöre, hätte Frankreich den Sieg davongetragen. Sein Verfall sei ungeheuer gewesen, trotzdem habe diese Regierung Konzeptionen machen müssen, weil Frankreich nicht allein gewesen sei. Briand fragte, wenn er eine deutsche Regierung zwingen zu demissionieren, damit Deutschland nachgebe, sei das etwa, wie Tardieu gesagt habe, eine nachgiebige Politik? Briand erinnerte auch daran, daß er es gewohnt sei, der es verhindert habe, daß die Reichswehr die Grenze von Oberschlesien überschritten habe.

Briand nimmt namens der Regierung die Tagesordnung Manaut an, in der gesagt wird, die Kammer, die die Erklärung der Regierung billigt, habe Vertrauen zu ihrer Festigkeit, um im Einverständnis mit Frankreichs Alliierten die Realisierung der Rechte sicherzustellen, die Frankreich zuerkannt wurden. Sie vertraut darauf, daß die Regierung fortjähre, das Prestige Frankreichs im Ausland zu verteidigen, den Frieden nach außen und die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten, damit sie eine weitgehende Politik republikanischer Union durchführe. Die Kammer lehnt jeden weiteren Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.

Der erste Teil der Tagesordnung Manaut bis zu dem Wort „durchführte“ wurde mit 301 gegen 186 Stimmen angenommen. Der Rest der Tagesordnung durch Handaufheben. Daraus wurde die Tagesordnung Manaut in ihrer Gesamtheit mit 338 gegen 172 Stimmen angenommen.

Der Abg. Raiberti in Gemeinschaft mit General Castellano brachte die Tagesordnung der Minderheit in der Kammer ein. Die Zahl der Abgeordneten dieser Minderheit wird nach der Abstimmungsliste mit 92 angegeben. Die Sozialisten beantragten in ihrer Tagesordnung die allgemeine Abtötung. Dieser Tagesordnung wurde von der Kammer die Priorität verweigert, und zwar mit 514 gegen 79 Stimmen.

Reform des Konzertagentenwesens

Von Klaus Feinungsheim,

Konkurrenzleiter des Großen Schauspielhauses

Der 1. Teil des Artikels erschien gestern Abend

II.

Das Problem des Konzertagentenwesens, richtiger: des Konzertgeschäftes ist nur im Zusammenhang mit dem ganzen Musikleben zu lösen; aber dieses Musikleben ist heute wieder nur von dem einen Punkt, vom Konzertgeschäft aus zu fassen. Wir lernten gestern drei fundamentale Uebelstände kennen: Gewinn und Verlust grundsätzlich so ungerecht verteilt, daß Künstler und Verleger nur Sache des Künstlers ist; die wirtschaftliche Unmöglichkeit, den Verlust der Konzertagentur aufzuzwingen infolge der Epidemie der Defizitkonzerte; die wiederum den Künstler als finanziell verantwortlichen Unternehmer und die Konzertdirektion als fest bezahlten, am Verlust nicht beteiligten Geschäftsführer zur Voraussetzung haben; den Unfug dieser Konzerte, deren Uebel Schaden dem materiellen Gleichgewicht, gefördert durch die künstlerische Neutralität der Konzertdirektion, die wieder die Voraussetzung ist für die geschäftliche Uninteressiertheit der Konzertdirektion, wenn sie bloß Agenten, Arbeitnehmer der Künstler ohne „Ramen“ sind; und dadurch wieder geächtet die Konzertierkunst von Anfängern, Neuten, Nichtsinnern, deren Künstlerium ein Berliner Künstler wichtig definierte: Künstler ist, wer einen Konzertsaal mietet. . .

Wo ist die Wurzel all dieser zu einem Rattenkönig verwachsenen Uebel? Man kann sie nicht einzeln, man muß sie mit einem Schlag treffen. Hier kann nur radikales Eingreifen durch ein Gesetz helfen, ein Gesetz, durch das grundsätzlich das Agentengeschäft von der Direktions-tätigkeit getrennt wird: durch das dem gewerbmäßigen künstlerisch neutralen Agenten (Vermittler) die künstlerische Verantwortung erforderlich — und einer Direktion, die Konzerte künstlerisch verantwortlich veranstaltet, jede Agententätigkeit untersagt wird, ein Gesetz mit andern Worten, das die Tätigkeit des Konzertagenten auf die Vermittlung fester Engagements beschränkt und die Konzertdirektion als Unternehmerin verpflichtet, in allen von ihr oder unter ihrem Namen veranstalteten Konzerten nur fest engagierte, von jedem geschäftlichen befreite Künstler auftreten zu lassen; ein Gesetz also, das ein für allemal das gewerbmäßige, künstlerisch verantwortungsfreie „Arrangieren“ von Konzerten (deren wahrer Unternehmer der Künstler ist) unmöglich macht.

Und das auswärtige Agentengeschäft der Konzertdirektionen? Zum Beispiel: die Konzertdirektion verpflichtet einen Künstler als Solisten für eines ihrer Berliner Abonnementskonzerte (deren künstlerische und geschäftliche Unternehmerin sie ist) — und außerdem vermittelt sie ihm ein festes Engagement in der Provinz oder im Ausland. Nun, solche Agententätigkeit, die heute in den letzten Verhältnissen des deutschen, und gar des internationalen Musiklebens unentbehrlich ist, wird an sich auch im Rahmen des gebachten Gesetzes zulässig bleiben, nur wird die Konzertdirektion nicht mehr in der Lage sein, mit der einen Hand dem Künstler sein Honorar für solistische Mitwirkung in ihrem Berliner Konzert auszahlend und mit der andern von ihm die Gebühr für Vermittlung eines auswärtigen Engagements einzulassen.

Ein Gesetz also, das die „arrangierten“ Konzerte unterdrückt. Die Wirkung dieses Gesetzes — das kommen wir zu: denn es geht es nicht weiter — wird ein großes Aufatmen in allen Bezirken des Musiklebens sein. Die Künstler werden aufatmen, die von der Notwendigkeit befreit sind, die Ausübung ihres Berufes Jahre hindurch mit schweren finanziellen Opfern zu bezahlen, wenn auch ihr künstlerischer Wert feststeht. Und die — anderen, sie werden sich daran gewöhnen, daß konzertieren auf eigene Faust nicht mehr so einfach ist, wie bisher.

Allen wird das Konzertproblem nicht mehr offen stehen. Die Konzertdirektion, die allein das geschäftliche Risiko zu tragen haben wird, wird sich hüten, durch unfertige, ungenügende Leistungen das Publikum ihrer Konzerte zu verstoßen. Gewiß, sie wird auch nicht immer nur „gemachte“ Künstler auftreten lassen, sondern sie wird, wie heute ein Theaterdirektor, sich nach unbekanntem umsehen müssen, um einen Raucherwuchs für ihre Konzerte heranzuziehen. Aber sie wird sich, wenn es um ihr Geld geht, ihre Leute gründlich ansehen; es wird ihr eigenes Interesse sein, Talente zu entdecken und Talente zu fördern.

Man wende nicht ein, daß der junge Musiker freie Konkurrenz des Konzertlebens braucht und auf die Veranstaltung von Defizitkonzerten nicht verzichten kann. Ein Arzt, der seine Patienten, ein Rechtsanwalt, der seine Klienten bezahlt, und selbst ein Schauspieler, der sich Geld kosten läßt, um den „Hamlet“ spielen zu dürfen, oder ein Maler, der den Platz kauft, den sein Bild in der Ausstellung einnimmt, das hieße in diesen Berufen: Korruption! Soll es in der Musik noch länger die Regel, soll es dort nicht auch fortan Korruption sein? Bedenkt euch, ausübende Musiker, Sänger, Instrumentalisten, endlich auf eure Würde! Verweigert diesen beschämenden Tribut! Sucht einen anderen, einen anständigeren Weg in die Öffentlichkeit! Ihr müßt ihn finden — ja, er ist gefunden: wenn ein Gesetz den heute üblichen Speer und damit den neuen zugänglich macht.

Sittes ist wahr: es gibt heute Konzerte, die auf private Unterstützung angewiesen sind, und die dennoch eine Bereicherung des Musiklebens bedeuten. Aber keine Sorge! Wir brauchen uns

wahrlich nicht den Kopf zu zerbrechen, um operbereiten Idealismus, der künstlerische Werte schaffen hilft, vor dem „Verbot“ eines künftigen Gesetzes zu schützen. Ueberhaupt wird es ja wieder möglich noch notwendig sein, alle Art von Gelegenheitsunternehmern zu unterdrücken, zumal wenn es gilt, unstrittene Persönlichkeiten oder umstrittene Werte an die Öffentlichkeit zu bringen. Aber der ehrgeizige Dilettant wird umsonst die Presse zu seinen Veranstaltungen loben, und man wird wissen, was man von Konzerten, die der Name seiner Konzertdirektion kost, zu halten hat — so, wie von Versen, die ein materiell geeigneter Dichterring im „Selbstverlag“ erscheinen läßt. Solche Darbietungen, so beharrlich sie in die Öffentlichkeit streben, werden automatisch dahin zurückgedrängt werden, wo sie, wie alle Dilettantenkunst, am Plage — und oft sehr wohl am Plage sind: in die privaten Kreise, die dafür empfänglich sind.

Aufatmen wird auch das Publikum, wenn die Masse der minderwertigen Konzerte verschwindet, und es nun zu den Konzerten der Konzertdirektion ein auf Erfahrung und Ruf gegründetes Vertrauen wieder haben können.

Werden auch die Konzertdirektionen aufatmen? Sie werden Grund dazu haben. Denn sie werden, je nach ihren Leistungen, eine Führerschaft im Musikleben, eine künstlerische und künstlerische Autorität gewinnen, die sie als verantwortungsfreie Agenten niemals haben konnten. Sie werden die Aufgabe haben, die im heutigen Musikleben ziellos durcheinander gewirbelten künstlerischen Kräfte zu erfassen und das Konzertwesen planvoll zu organisieren; (kapitalistisch oder auf genossenschaftlicher Grundlage nach Art der Volksbühnen). Der Konkurrenzkampf der Direktoren wird, besonders in Berlin, ein Wettkampf in der Förderung künstlerischer Talente sein. Lösung wird nicht sein: möglichst viele Künstler, viele Konzerte (wie heute, da jeder Künstler, der ein Konzert gibt, dem Agententum Vermittlungsgewinn bringt), sondern, um den Konkurrenten zu schlagen, wird jede Direktion das Beste bringen wollen. Denn es steht, Gott sei Dank, so, daß die besten Konzerte die beste Geschäftsaussicht bieten. Und jede Konzertdirektion wird sich bemühen müssen, nicht nur durch Qualität, sondern durch Eigenart ihrer Leistungen, durch sinnvolle Pflege eines bestimmten Gebiets: Kammermusik, Orchesterkonzerte, Instrumentalisten, Chor, alte oder neue Musik, hervorzuzeigen, wird sie und da auch künstlerische Wagnisse nicht scheuen dürfen, ihre Phantasie, ihren Geschmack, ihren Spürsinn anstrengen müssen.

Der Name einer Konzertdirektion wird ein Programm sein. Das Programm wird ihr niemand vorschreiben, sie wird sich erarbeiten müssen.

Nun ja, die Konzertdirektionen werden es nicht mehr so leicht haben wie heute: sie werden nicht mehr „sichere“ Einnahmen durch zahlungsfähige Talentslosigkeit haben, aber sie werden es endlich

Eine Note der deutschen Regierung

Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir die Note der Reichsregierung an den Vorkriegsrat. Die deutsche Regierung drückt darin ihre tiefe Enttäuschung über die Note des Obersten Rates vom 20. Oktober aus. Sie erblickt in diesem Diktat eine Ungerechtigkeits- und eine Verletzung des Versailler Vertrages. Die deutsche Regierung bezeichnet den geschaffenen Zustand als eine Rechtsverletzung und legt dagegen feierlichst Verwahrung ein. Nur indem sie dem Druck der Gewalt weicht und um den Deutschen in Oberschlesien die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen zu ersparen, erkennt sie den Delegierten zur Grenzfestsetzungskommission. Der Name des deutschen Kommissars ist noch nicht bekannt.

Die Pariser Presse zur Rede Wirths

Paris, 27. Oktober.
Zu der Kanzlerrede schreibt der „Gaulois“, daß Dr. Wirth ein geschickter Mensch sei. Es gelang ihm, keinen Gegnern zu zeigen, daß es unumgängliche Notwendigkeit war, daß er mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt wurde, weil sonst Deutschland das Terrain verlieren würde, daß es im Vertrauen der Entente gewonnen hat. Er scheint eine genügende Majorität davon überzeugt zu haben, daß er noch eine Zeitlang am Ruder bleiben müsse. Die Hauptsache ist für den „Gaulois“, daß Deutschland und Polen die Entschädigung der Alliierten annehmen. Das ist alles, was man verlange.

Weniger zufrieden mit der Rede Dr. Wirths zeigt sich der „Figaro“. Er erklärt, die Rede Wirths enthalte nichts Ungerechtfertigtes, sei aber vollkommen unzuverlässig gewesen. Zwischen Dr. Wirth, der sich auf eine Majorität der Linken stützt, und der nationalistischen Rechten, die sich für passiven Widerstand ausspricht, ist der Unterschied nur gering. Dr. Wirth bildete die Regierung auf das dringende Ansuchen des Präsidenten, aber auch mit Zustimmung der Rechtsparteien, denn sein Name genügt, in wunderbarer Weise die Alliierten, und sogar die Franzosen, zu beruhigen, die aber jetzt gute Gründe hätten, um Dr. Wirth gegenüber nicht mehr so gläubig zu sein.

„Welt Journal“ führt aus: Wenn man die meisten der neuen Minister betrachtet, so macht das Kabinett eher einen günstigen Eindruck. Die Sozialisten und Katholiken, die den Friedensvertrag und das Ultimatum annehmen, sind im Kabinett hauptsächlich vertreten, und vielen können man auch provisorisch Vertrauen schenken. Fragen müsse man sich aber, ob eine genügende Mehrheit vorhanden wäre. Denn das Vertrauensvotum, das gestern gebilligt wurde, sichert nur die vorläufige Existenz des Kabinetts, weshalb Dr. Wirth wohl gestern vorantrieb, so zahlreiche Proteste gegen die Entscheidung von Genf vorzubringen und in der Frage der Reparationen Vorbehalte zu machen, die zu Bedenken Anlaß geben müssen. Das Ausschließen Dr. Rathenau's aus dem Kabinett sei freilich ein Umstand, der geeignet wäre, die Autorität dieses Kabinetts in den Augen der Alliierten zu vermindern, und es genüge nicht, anzukündigen, daß Dr. Rathenau durch den Abgeordneten Silberstein ersetzt werden würde. Wie könnte man noch auf einen Kandidaten rechnen, der die Teilung Oberschlesiens annimmt, um die Sanktionen zu vermeiden?

Man muß natürlich der Atmosphäre Rechnung tragen, die jetzt in Deutschland nach der Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien herrscht. In den nächsten Wochen aber werden sich die giftigen Gase zerstreuen und Deutschland wird wahrnehmen, daß es sich der durch den Genfer Spruch geschaffenen Lage anpassen kann, und Deutschland hat zuviel Interesse daran, das Abkommen von Wiesbaden durchzuführen, als daß es diese in Zweifel ziehen wollte. Der Kanzler Wirth wird immer derselbe bleiben, und man wird seine persönliche Loyalität nicht bezweifeln können, aber Deutschland spricht heute eine andere Sprache als die der Verdörung und des Zusammenarbeitens, weshalb die französische Regierung mehr als je eine Politik des begrenzten Vertrauens, der Wachsamkeit und der Energie betreiben müsse.

Wozu die Toten herhalten müssen

Paris, 27. Oktober.
Der Matin hat in den Artikeln 225 und 226 des Friedensvertrags einen neuen Irrtum zu Ungunsten Frankreichs entdeckt. In diesen Artikeln ist die Verpflichtung der Alliierten festgelegt, für die Erhaltung der deutschen Gräber auf ihrem Gebiete zu sorgen, während Deutschland dazu verpflichtet ist, ein Gleiches zu tun für die Gräber der Alliierten auf deutschem Boden. Nun aber errechnet der Matin, daß nur etwa 20 000 französische Soldaten in deutscher Erde den letzten Schlaf schlafen, während in

auch nicht schwerer haben, als sonst ein Unternehmen, das Kunstwerke vorbereitet; ihr Weiterbestehen wird beweisen, daß es noch immer lohnend bleibt, Konzeptionsdirektion zu sein.

Der Abbau des herrschenden Systems wird hier wie überall Zeit brauchen und mühsam sein. Alle organisatorischen Kräfte des heutigen Musiklebens werden helfen müssen. Auf die Mitarbeit der leistungsfähigen Konzeptionsdirektionen wird man nicht verzichten können. Aber sie werden sich „umstellen“ müssen. Gewohnungen (anders geht es wohl nicht) durch das vorgeschlagene Gesetz.

Der Königsmacher

Wenn man als König in sein geliebtes Vaterland zurückkehren und die treuen Untertanen mit seiner Gegenwart beglücken will, ist dazu nicht nur Unternehmungslust nötig. Die Koh und Reifgen, die die tolle Höhe schühen, auf der Fürsten leben, müssen für ihre angekommene Treue nicht nur Oden, sondern auch Kargelb haben. So eine Restauration ist keine billige Sache. Man braucht einen Apparat, eine prächtige Galauniform, eine feine Garderobe für die Königin, Trinkgelber und noch eine andere Masse unumgänglicher Ausgaben.

Aber glücklicherweise leben wir im Zeitalter der Schieber. Es werden Dollars verschoben, Frauen, Zeitungen, Unterhosen, Maschinengewehre, Auslandspässe — warum soll man nicht auch einen König verschleppen? Für anständige Zinsen, ein Adelsprädikat und einen hübschen Orden kann ein Millionär einen König rüsten.

So einen Bantier hat Karl von Habsburg gefunden, der die Monien für die Königsreise pumpie. Dieser ausgezeichnete Mann heißt Basil Zaharoff und scheint ein genügendes Vermögen zu besitzen, um auch einmal eine so unsichere Spekulation wagen zu können. Seine Herkunft macht ihn freilich nicht hoffähig, aber seine Francis links nicht, und die Habsburger sind in solchen Fällen nicht prüde. Sie haben die Reichshilfs zweifeln von allen anderen europäischen Monarchen gelehrt, warum sollten sie nicht auch mit einem Armenier hoch königlich „handeln“?

Besonders wenn es ein Mann wie Basil Zaharoff ist, der mit heimkehrenden Königen schon gute Erfolge erzielt hat. Er hat den Konstantin, der in den Schweizer Hotels ein paar Jahre schneidig nach dem schönen Griechenland ausschaut, nach Athen speidiert, und es ist nicht seine Schuld, wenn das Ehepaar Habsburg jetzt hat in der Ofener Burg in Tatoi.

Die Summe, die Herr Zaharoff der Grah gefordert hat, ist nicht so schlimm. Die ungarische Saluta liegt noch erheblich schlechter, als unsere Raat und mit ein paar lumpigen tausend Francs konnte sich Karl schon ganz schön einrichten und ein paar königstreue Divisionen anschaffen.

Nein, der famole Armenier braucht nicht zu verzweifeln. Es gibt noch mehr Ware für seine Schiedungen. Da sind zum Beispiel die Wittelsbacher mit nicht ganz schlechten Ausschichten, und wenn er noch einige Worte an deutschen Republikanern und ein

Frankreich 400 000 deutsche Soldaten bestattet wurden. Von diesen sind, dem Matin zufolge, nur für 30 000 die Gräber von den Deutschen gegraben worden, während die anderen Beerdigungen in ihrer Mehrzahl erst von den Franzosen nach dem Waffenstillstand vorgenommen wurden. Jedes Grab kostet Frankreich 300 Francs, so daß Frankreich im ganzen für diese Gräber 123 Millionen Francs zu zahlen hat. In Belgien liegen 250 000 deutsche Soldaten, wodurch dem belgischen Staate eine schwere Last auferlegt wurde. Im Monat Juni hatte eine Konferenz über diese Frage in Brüssel stattgefunden, auf der sich Frankreich bereit erklärte, für die 80 000 von den Deutschen selbst hergerichteten Gräbern die Pflege zu übernehmen, während sich Deutschland um die übrigen kümmern wollte. Die Deutschen Vertreter beriefen sich jedoch auf die erwähnten Artikel des Versailler Vertrages und erklärten, daß sich ihre Regierung mit der Angelegenheit befassen müsse. Nunmehr hat kürzlich die deutsche Regierung in dieser Sache an Frankreich eine Note gerichtet, in der sie sich auf den Versailler Vertrag beruft und erklärt, eine diplomatische Konferenz müßte diese Frage regeln.

Der Matin benützt diese Gelegenheit zu neuen Angriffen auf Clemenceau und Tardieu, denen er nachzumeilen sagt, daß sie die betreffenden Artikel einfach aus dem Frankfurter Vertrage abgeschrieben hätten.

Die Extrawurst

Keine Abschaffung der Konrektorstellen

Im Beamtenauschuh des Landtags kam es am 25. und 26. d. M. zu lebhaften, zum Teil heftigen Debatten im Anschluß an folgenden Antrag des Genossen Holz:

Der Ausschuh wolle dem Landtag folgende Entschliehung unterbreiten:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu eruchen, dem Landtag umgehend eine Novelle zum Volksschullehrer-Dienstverordnungsgezet vorzulegen, welche die im B. D. G. vorgesehenen Konrektorstellen abschafft und an ihre Stelle planmäßige Aufzuchtungsstellen für den dienstältesten Teil der Volksschullehrer nach Gruppe 3 des § 1 des B. D. G. setzt.“

Begründung:

1. Die Beratungen im Beamtenauschuh haben ergeben, daß es nicht möglich ist, auf dem Wege der Ausführungsbestimmungen die Gefahren zu beseitigen, die der Entwicklung der Volksschule durch die Einrichtung dieser Stellen drohen. Sie liegen darin, daß in den Schulverbänden die Reigung hervorgerufen wird, die Entwicklung ihrer Schulen über fünf aufsteigende Klassen hinaus aufzuhalten, um die aus der Einrichtung von Konrektorstellen erwachsenden Rehtkosten zu ersparen.

2. Es ist nicht möglich, durch Ausführungsbestimmungen die Benachteiligung der Landlehrer gegenüber den Stadtlehrern zu beseitigen, die mit der Einrichtung von Konrektorstellen verbunden ist. Denn am eigenen System kann der Landlehrer nicht befordern werden, weil Schulen mit der vorgeschriebenen Zahl aufsteigender Klassen auf dem Lande selten sind. Und keine Verletzung im vorgekritischen Alter liegt in der Regel nicht in einem persönlichen Interesse und ist auch deshalb nicht zu empfehlen, weil die Landkühle ihre erfahrenen und tüchtigen Kräfte selbst dringend nötig hat.

3. Von einem sachlichen Bedürfnis zur Einrichtung solcher Stellen an Schulen mit sechs und mehr aufsteigenden Klassen kann nicht gesprochen werden.“

Die Vertreter aller Parteien erklärten zwar, grundsätzlich mit der Entschliehung einverstanden zu sein. Aber bei der Abstimmung stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum dagegen und brachten sie dadurch mit 14 Stimmen gegen 12 Stimmen der Unabhängigen, Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten zu Fall. Sie wollen einigen gehobenen Existenzen durchaus die Extrawurst lassen, sei es selbst auf Kosten der Schule und der übrigen Lehrerschaft.

Was der Reichswehrminister befiehlt

Genosse Franz Künstler hat folgende kleine Anzage an die Reichsregierung eingebracht:

Auf Befehl des „republikanischen“ Reichswehrministers Gehler soll das Wehrtreikommando 7 in München eine Ehrenkompagnie stellen für die in München stattfindende Beisetzungsfeierlichkeit des Ludwig Wittelsbach. Außerdem soll eine freiwillige Beteiligung von Angehörigen der „republikanischen“ Reichswehr an der aus Anlaß des Ablebens des Erlkönigs geplanten konterrevolutionären Monarchisierendemonstration gestattet sein. Dieser Befehl des „Republikaners“ und „Demokraten“ Geh-

ludend Reden Hefferichs abwartet, kann er vielleicht den armen Verbannten aus Holland von seinem Holzblock befreien und durch das Brandenburger Tor verschleppen.

Wir Berliner haben schon Klante einen Lorbeerkranz und sehr viel Vertrauen geschenkt. Zaharoff ist ihm über. Es lebe Zaharoff! Wann bringt die Berliner Illustrierte sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift? Hanns-Erich Raminski

Zum Schutze holländischer Kriegsdienstverweigerer haben der Bund der Kriegsdienstgegner, die Deutsche Friedensgesellschaft (Dzigruppe Berlin), der Deutsche pazifistische Studentenbund und die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständigung an das holländische Kriegsministerium, Justizministerium, Kriegsgericht im Haag, Militärhospital Haag und an den holländischen Vorkämpfer, Berlin, folgende Kundgebung gerichtet:

„Die unterzeichneten pazifistischen Organisationen Deutschlands haben mit großer Ueberraskung und Bestürzung davon Kenntnis genommen, daß die Regierung des freiheitsliebenden holländischen Volkes 25 der edelsten und mutigsten Männer ins Gefängnis geworfen hat und einen von ihnen, Groenendaal, eines langsame und qualvollen Todes sterben läßt, nur deswegen, weil diese Männer es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, sich in Gebrauch von Waffen auszubilden. Es wird der holländischen Regierung bekannt sein, daß sich unter vielen Pazifisten und religiösen Menschen aller Länder als Lehre des Weltfriedes die Erkenntnis ausgebildet hat, daß es ihre heiligste Menschenpflicht ist, an keinem Kriege und keiner Kriegsvorbereitung teilzunehmen. Die unterzeichneten Organisationen hoffen, daß die holländische Regierung nicht weiterhin der englischen und amerikanischen Regierung in der Anerkennung dieser heiligsten Gewissensbedenken nachhinkt und den eingekerkerten Kriegsdienstgegnern unerbittlich die Freiheit wiedergegeben wird.“

Tages-Notizen

Der Internationaler Jugendtag der S. P. J. Groß-Berlin am kommenden Sonntag, vom 10. bis in den Wälder-Jubiläum, Koller-Wilhelm-Str. 31, wird durch eine künstlerische Fester eingeleitet werden. Es werden mit dem Streichquartett von Frau J. Karwan (1. Geige), Lotte Karwan-Trau (2. Geige), Karl Glaser (Viola), Ella Trau (Viola), sowie der Gemischte Chor Groß-Berlin unter Leitung seines Dirigenten Scherzer. Nach der erweichten Arbeiterfeierlichkeit sollte ihr Interesse für die Jugendbewegung durch einen Besuch dieser Veranstaltung bezeugen.

Deutschholländische Götterleben. Unter diesem Titel veranstaltet die Deutschholländische Literaturgesellschaft Sonntag, 11. Oktober, eine Matinee in der Singelbarracke als Gedächtnisfeier für die vor drei Jahren erfolgte Verabschiedung der Gedächtnisfeier Deutschholländischer, Stabsleiter Vortrag Prof. Dr. Alzer, Prof. Gregori über den Wert der herzoglichen deutschholländischen Dichter, vor allem Moriz Hartmanns. Vorkühnen Orgelkonzerte, Gdte.

Musikführungen. Sonntag, 10. bis 11. Oktober, im Altona Museum (Abteilung Kunst Bildwerke) und im Koller-Wilhelm-Museum (Abteilung: Bildwerke) Kunst und Kunstwissenschaftliche Gemälde.

Die Bilanzabrechnung im Reichsministerium in Berlin, Königliche-Str. 64, ist am 26. Oktober von 12-6 Uhr, am 28. und 29. von 10-3 Uhr. Eintritt 1 R. für Schulkinder 20 Pf. In Berlin: am 28. von 5 Uhr ab, 2 R., zugleich in dem 2. Hildesheimer Platz über Bild- und Spielplatz.

ler ist eine offene Kampfsprache an die Republik und eine Provokation der deutschen Arbeiterklasse wie aller Republikaner. Die Handlungswiese eines solchen Ministers in einer Zeit, wo die Republik einen schweren Daseinskampf zu führen hat, läuft auf Hoch- und Landesverrat hinaus. Ich frage daher an:

1. Wie will der Reichswehrminister diesen Befehl rechtfertigen, welcher im Gegensatz zur republikanischen Verfassung steht? 2. Willt das Reichskabinett diesen Befehl? 3. Was gebietet die Reichsregierung zu tun, um den Reichswehrminister Gehler zur Verantwortung zu ziehen?

Das Knistern im Gebälk

Der Zusammenbruch der kommunistischen Partei Deutschlands ist jetzt unaufhaltsam fort. Nach dem Auseinanderfallen der kommunistischen Reichstagsfraktion in verschiedene Fraktionen folgt jetzt auch die Spaltung der kommunistischen Landtagsfraktion in Preußen, obwohl die Landtagskandidaten im Hinblick auf die Offensivtaktik besonders ausgewählt waren. Nachdem kürzlich Oskar Ruch seinen Austritt aus der preussischen Landtagsfraktion erklärt hatte, hat jetzt der kommunistische Landtagsabgeordnete Otto Kunze (Kremsfeld) das gleiche getan und zugleich seinen Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt. Daß damit die innere Geschlossenheit der Landtagsfraktion hergestellt wäre, kann nicht behauptet werden, vielmehr ist der Wirrwarr in ihr nicht minder groß als innerhalb der Reichstagsfraktion.

Auch sonst mehren sich die Anzeichen für den Zerfall der kommunistischen Partei, die sich so gern als die Massenpartei des Proletariats bezeichnet. In Berlin wurde schon vor kurzem der Versuch gemacht, die Levi-Gruppe organisatorisch zusammenzufassen, und nur durch die „schlagenden“ Argumente eines von Krammele und Hörnte geführten Stütztrupps wurde die Ausführung des Versuchs gehindert. Daß damit aber keineswegs die Verluste erwidert sind, so daß sie innerhalb der K. P. D. in Berlin über eine gewisse Stärke verfügen, geht aus einem, wenn auch sehr vorsichtig abgefaßten Bericht der „Roten Fahne“ über die Konferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg hervor. Dort heißt es: „Zum ersten Punkt der Tagesordnung (Die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Kommunisten) referierte der Genosse Dr. Renner. In dieses Referat schloß sich eine äußerst lebhafte Diskussion, in deren Verlauf die Tendenzen der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (b. h. der Levi-Gruppe, D. Red.) äußerst lebhaft vertreten wurden.“

Die K. P. D. hat also den Teufel im Leibe, und die Arbeitsgemeinschaft steht dort die Taktik fort, die früher mit Billigung der kommunistischen Zentrale innerhalb der U. S. P. D. getrieben wurde und die in Halle zur Spaltung führte. Auf jeden Fall zeigen diese Erscheinungen innerhalb der K. P. D., daß es mit ihr zu Ende geht, und daß weder die Parolen der Zentrale noch die russische Hilfe dieses Ende aufzuhalten vermögen.

Kleine Nachrichten

Deutschlands Vertreter für die Wirtschaftsverhandlungen. Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, hat die oberhessische Industrie als Vertreter für die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen den Grafen Wilzke, Kammerpräsidenten Dr. von Kleefeld und Staatsminister a. D. von Raumer in Vorschlag gebracht.

Das neue Auswanderungsgesetz. Im Reichsministerium des Innern ist ein Entwurf eines Auswanderungsgesetzes fertig gestellt, das den Zweck verfolgt, auswanderungsfähigen Deutschen die Wege zu ebnen und sie vor Enttäuschungen zu bewahren. Mit einer Reihe außereuropäischer Staaten schweben Verhandlungen über die Anstellung von Deutschen unter finanzieller Beteiligung dieser Staaten.

Schlusssitzung des Hessischen Landtages. Der erste Landtag des Volksstaates Hessen hielt am Mittwoch keine Schlusssitzung ab, in der Präsident Adeling der geleisteten Arbeit in einem Rückblick gedachte. Der Landtag erledigte in 120 Sitzungen und 300 Ausschusssitzungen 1823 Gegenstände, davon 341 Regierungsvorlagen, 211 Anträge, 960 Vorstellungen, 211 Anfragen, 22 Gegenstände blieben unerledigt. Nachdem er seinen Dank für die Abgeordneten, das Präsidium, das Bureau und Presse Ausdruck gegeben hatte, schloß der Präsident mit einem dreifachen Hoch auf das hessische Volk und das hessische Heimatland die Sitzung. Die Sozialdemokraten brachten außerdem ein Hoch auf die Republik aus. Die Neuwahlen zum Hessischen Landtag finden am 27. November statt.

Explosion eines italienischen Forts. Verursacht durch einen Waldbrand, geriet das Fort Santa Helena bei Mailand in Brand und explodierte. Die Zahl der Opfer soll sehr beträchtlich sein.

Die Ueberlastung der Gerichte

Bei der Beratung des Justizetats sagt jedesmal der jeweilige Justizminister sein Sprüchlein von der furchtbaren Ueberlastung der Gerichte her. Wie diese Belastung in Wirklichkeit aussieht, zeigt ein Bericht der „Weeslower Zeitung“ von der Schöffensitzung in Weeslow am Dienstag, den 18. Oktober. Folgender Fall steht da unter Nr. 6:

„Der 12 Jahre alte Schüler Artur B. hat eine Mähe voll Kunstbänder, die ein Wagen der Gutsovermaltung Giesensdorf verloren hatte, aufgesammelt und denselben denn auf einem der Gutsovermarkt gehörigen Weidaplatz ausgestreut, damit das Gras besser wachsen solle. Der Heine Angeklagte gibt alles zu, so daß die anwesenden Zeugen gar nicht vernommen werden brauchen. Er wird mit einem Beweise bestraft.“

Wegen einer Mähe voll Kunstbänder im Werte von vielleicht 10 Pfennigen wird also ein ganzes Amtsgericht und ein großer Feuerapparat aufgebodet. Kein Wunder, wenn da keine Zeit ist für die Aburteilung der hochverehrten Kapperbrecher! Und noch eine Frage: wer mag wohl die Anzeige erstattet haben? Etwas der Herr Rittergutsbesitzer, der millionenzeichige Fuhrherr Knauer, dem das Gut Giesensdorf gehört? Nun ja, er mag noch, es gäbe keine Gerechtigkeit in Preußen!

Das Unterwerk Velle-Alliance-Platz

Die neuartige Bauweise, die bei der Herstellung des Unterwerkes Velle-Alliance-Platz zur Anwendung gekommen ist, hat das größte Interesse aller Bauhandwerker für Betonbau wachgerufen. Fast täglich finden Besichtigungen dieser Baustelle der Nord-Südbahn durch die technischen Beamten von Behörden, von Fachvereinen usw. statt, deren Mitglieder die zum erstenmal im Untergrundbau zur Anwendung kommende Bauweise, die Herstellung größerer Betonmassen durch Betonpumpen, kennen lernen wollen. Ueberraschend schnell ist die Herstellung fast der ganzen Sohle des umfangreichen Bauwerkes gelungen, welches östlich des eigentlichen Tunnels unter einem größeren Teil der Schmutzanlagen des Platzes zu liegen kommt. Die Arbeiten schreiten so schnell vorwärts, daß die verhältnismäßig kleine Maschine zum Mischen des Betons an jedem Tage nur wenige Stunden im Gebrauch ist, weil die Herrichtung der Beschalung nicht so schnell durchgeführt werden kann, wie der Guß des Betons in die Formen erfolgt. Die Herstellung der Sohle des Bauwerkes, die, da sie gleichzeitig auch die Fundamente für die in dem Unterwerk zur Aufstellung gelangenden Maschinen enthält, über zwei Meter stark ist, die bei der Herstellung in Stampfbeton vielleicht 6 Wochen gedauert hätte, ist durch das neue Verfahren in fast 14 Tage hergestellt worden, trotzdem eine sorgfältige Abdichtung gegen Grundwasser vorgenommen werden mußte. Jetzt ist stellenweise bereits mit der Herstellung der Seitenwänden begonnen worden, die mit starken Rundenisen armiert werden müssen, wodurch die Herstellung der Beschalungen, der Gußformen, verlangsamt wird. Das neue Verfahren bringt eine wesentliche Beschleunigung

